

Mittheilungen

über die Verhandlungen des Landtags.

II. Kammer.

N^o 113.

Dresden, den 14. April

1846.

Einhundert und vierzehnte öffentliche Sitzung
der zweiten Kammer am 3. April 1846.

Inhalt:

Vortrag aus der Registrande. — Beurteilungen und
Entschuldigungen. — Bemerkung, die ständische
Schrift wegen des Krankensifts zu Zwickau betr. — Fort-
setzung und Schluß der Berathung des Berichts der ersten
Deputation über den Gesetzentwurf, einige nachträg-
liche Bestimmungen zum Ablösungsgesetze betr.
— (Besondere Berathung der Punkte 8—15. — Aus-
setzen der Schlußabstimmung.) — Berathung des Berichts
der ersten Deputation über das Allerhöchste Decret auf die
Schrift vom 3. October 1837 über den Antrag, die Schu-
unterthänigkeit und den Stuhlzins betr. — (All-
gemeine Berathung. — Besondere Berathung der
§§. 1—8.)

Die Sitzung beginnt nach $\frac{1}{2}$ 11 Uhr in Gegenwart des
Staatsministers v. Falkenstein und des Königl. Commissars
D. Schaar Schmidt, so wie von acht und sechzig Kammer-
mitgliedern mit Verlesung des über die gestrige Sitzung geführ-
ten Protocolls durch Secretair Kasten. Auf Präsidial-
frage wird das Protocoll von der Kammer genehmigt und von
den Abgeordneten Vogel und Thümer mit vollzogen. — Es
folgt hierauf der Vortrag aus der Registrande:

1. (Nr. 1424.) Petition des Schönsärbers und Stadt-
verordneten Adolph Fiernkrantz und 217 Gen. zu Glauchau um
Abschaffung des Schulgeldes und Uebernahme der Kosten zur
Unterhaltung der Schulanstalten auf die Gemeindecassen.

Abg. Oberländer: Alle Uebel, welche das Menschen-
geschlecht drücken, alle Plagen und Leiden der Völker haben ih-
ren Grund in der Unwissenheit. Daher ist Alles, was die Volks-
bildung zum Zwecke hat, der höchsten Aufmerksamkeit der recht-
schaffenen Vertreter eines Volkes würdig. So empfehle ich denn
auch die mir zur Ueberreichung und Bevorwortung zugekom-
mene Petition der Glauchauschen Bürger der sorgfältigen Be-
nutzung derjenigen Deputation, welche mit der Berichterstattung
über die Sache der Volksschule beauftragt ist.

Präsident Braun: Die Deputation, welcher die Petitio-
nen, die das Volksschulwesen betreffen, zur Berathung überwie-

sen sind, ist die vierte. Wie der Kammer erinnerlich sein wird,
hat die vierte Deputation bei der Berathung über das Budjet
des Cultus die Erstattung des fraglichen Berichts für nächste Zeit
in Aussicht gestellt. Daher schlägt das Directorium vor, auch
diese Eingabe dahin zu verweisen. Zu gleicher Zeit möchte auch
die unter Nr. 1268 der Hauptregistrande eingegangene Petition,
welche die Abschaffung des sechsten Schuljahrs betrifft und von
der Kammer der dritten Deputation überwiesen worden ist, der
vierten Deputation übergeben werden, da diese einmal mit Bera-
thung der das Volksschulwesen betreffenden Eingaben gegenwär-
tig beschäftigt ist. Will die Kammer diese Eingabe der vierten
Deputation übergeben? — Einstimmig Ja.

Präsident Braun: Will die Kammer rücksichtlich der
von mir angedeuteten und unter Nr. 1268 der Hauptregistrande
befindlichen Petition dasselbe beschließen? — Einstimmig
Ja.

2. (Nr. 1425.) Petition Johann Christlieb Jentsch's
zu Brösen und Gen. um Errichtung einer Hagelasscuranz als
Landesanstalt.

Präsident Braun: Eine Petition über denselben Gegen-
stand liegt der dritten Deputation vor. Will die Kammer
daher auch diese Eingabe dahin abgeben? — Einstimmig Ja.

3. (Nr. 1426.) Der Vorstand der israelitischen Religions-
gemeinde, Herr Oberrabbiner D. J. Frankel, ladet zu der am 6.
dieses Monats stattfindenden Prüfung der hiesigen israelitischen
Gemeindefchule ein. (Hierzu 34 Programme.)

Präsident Braun: Die betreffende Einladung liegt in
der Canzlei zur Ansicht und Benutzung der Herren Mitglieder
aus.

4. (Nr. 1427.) Petition der Gemeinden Tettau, Ober-
dorf, Oberwiera und Wünschendorf, Johann Schnabel und
Gen., 1) um Aufhebung des Gesetzes vom 14. Juli 1840; 2) um
Ablösbarkeit der baaren Geldgefälle auf einseitigen Antrag und
Ueberweisung derselben an die Königliche Landrentenbank; 3) um
eine Verlängerung der Frist zu Anmeldung ehemals steuerfreien
Grundeigenthums; 4) um Aufhebung der Jagdgerechtfame; 5)
um Aufhebung des Gesetzes über die Todtenschau; 6) um
Wegfall des an die Staatscasse zu zahlenden Schulgeldes; 7) um
Ablösbarkeit der Lehngelder auf einseitigen Antrag; 8) um Er-
leichterung bei Vornahme kleinerer Bauten (sogenannte Anschieb-